

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.



## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.

## **Medienkonferenz vom 29. August 2012 Stipendien statt Sozialhilfe**

**Anna Linder, Grossrätin Grüne Kanton Bern**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Gewinnbringende Vorstösse für den Kanton Bern**

Der Kanton Bern weist auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% auf. Alles prima, könnte man sagen. Bei näherem Hinschauen zeigt sich aber, dass dem nicht so ist. Regula Tschanz hat im einleitenden Referat ausgeführt, wie hoch der Anteil der sozialhilfebeziehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – auch im Kanton Bern. Dazu kommt, dass im Stipendienwesen des Kantons Bern generell erheblicher Korrekturbedarf besteht. Erstens ist der Zugang zu Stipendien zu restriktiv ausgestaltet (Stipendienberechtigung). Zweitens liegt die Stipendienhöhe zu tief. Und drittens werden die in der Finanzplanung für die Ausbildungsbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft. Die Grünen Kanton Bern wollen das ändern und reichen deshalb in der Septembersession ein Vorstosspaket ein. Dieses soll dazu beitragen, die Ausbildungssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu verbessern und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

In einer erste Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, spätestens bei den Umsetzungsarbeiten zum Beitritt des Kantons Bern zum Stipendienkonkordat dem Grossen Rat eine Vorlage zu präsentieren, welche eine Harmonisierung der Stipendien mit den Unterstützungsnormen der Sozialhilfe sicherstellt. Und das sind die Eckwerte:

- Die SKOS-Richtlinien sind massgebend für die Harmonisierung des Stipendienwesens und der Sozialhilfe.
- Jugendliche und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, absolvieren eine anerkannte Ausbildung und finanzieren ihren Lebensunterhalt mit Stipendien.
- Die Zusammenarbeit unter den drei betroffenen Direktionen GEF, ERZ und VOL ist zu institutionalisieren und auszubauen.
- Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat regelmässig über die finanziellen und integrationspolitischen Auswirkungen des Projekts.

Mit diesem Vorstoss werden Anreize geschaffen, damit Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsbildung zu einem Berufsabschluss gelangen und ihre Integrationsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Armutsgefährdete Familien sollen nicht wegen der Inangriffnahme einer Ausbildung der Kinder in finanziell prekäre Situationen geraten oder die Ausbildung aus solchen Beweggründen gar nicht in Angriff nehmen. Menschen, die aus Krank-

heits- oder Unfallgründen Berufslehren nicht abschliessen konnten oder aus bestimmten Gründen eine Umschulung machen müssen, profitierten von dieser Verbesserung ebenfalls.

In der kommenden Session wird der Grosse Rat über das Frühförderungskonzepts des Kantons Bern debattieren. Das ist ein wichtiges Projekt im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Harmonisierung der Stipendien und der Sozialhilfe stellt einen Anschlusspunkt zum Frühförderungskonzept dar. Schafft es der Kanton Bern, das Stipendienwesen zu harmonisieren und dem Beispiel des Kantons Waadt zu folgen, dann handelt er langfristig und zukunftsgerichtet. Für eine Zukunft, welche auch jungen Menschen eine Perspektive bietet, die aus vielerlei Gründen keine guten Startchancen haben. Was der Lohn für den Kanton ist? So ist es möglich, Millionen von Franken bei der Sozialhilfe zu sparen.

Mit einer zweiten Motion fordern die Grünen den Regierungsrat auf, ein zielgerichtetes Ausbildungs- und Integrationsprogramm für sozialhilfebeziehende Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung zu prüfen und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Zentral sind folgende fünf Punkte:

- Ziel ist die Reduktion des Anteils sozialhilfebeziehender Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Berufsausbildung sowie eine Erhöhung der Abschlussquote auf der Sekundarstufe II.
- Angelpunkt für die Erreichung dieses Ziels ist die Etablierung eines Rechts auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen ohne Berufsausbildung.
- Die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand, der (Privat-)Wirtschaft und sozialen und gemeinnützigen Organisationen im Bereich Arbeit und Integration muss erheblich ausgebaut werden.
- Nötig ist auch hier eine enge Zusammenarbeit zwischen den Direktionen ERZ, VOL und GEF.
- Die Massnahmen sollen auf dem bestehenden Angebot des Kantons Bern aufbauen und sich am Berufsbildungsprogramm FORJAD des Kantons Waadt orientieren.

Der Kanton Bern hat in der letzten Zeit seine entsprechenden Bemühungen intensiviert. Zu erwähnen sind namentlich das *Case Management Berufsbildung* und das Projekt *Koordinati-on Brückenangebote KoBra*. Das von den Grünen geforderte Ausbildungsprogramm will auf diesen Vorarbeiten aufbauen und diese weiterführen. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass zur Umsetzung einer Ausbildungspolitik „aus einer Hand“ noch weit mehr Anstrengungen nötig sind.